

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEN

INHALT

- | | |
|--|---|
| 59. Novelle zum Tir.Veranstaltungsgesetz 2003 | 63. Abgabenertragsanteile der Gemeinden
Dezember 2017 |
| 60. Novellen zur Tiroler Bauordnung 2011 und
zum Tiroler Verkehrsaufschließungs- und
Ausgleichsabgabengesetz | 64. Abgabenertragsanteile der Gemeinden
Jänner bis Dezember 2017

Verbraucherpreisindex für
Oktober 2017 (vorläufiges Ergebnis) |
| 61. Datenschutzgrundverordnung-Verzeichnis | |
| 62. Bezüge der Bürgermeister, Stellvertreter
und der Gemeinderäte ab 1. Jänner 2018 | |

*Liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister!
Werte Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter!*

Die Weihnachtsfeiertage und der Jahreswechsel stehen unmittelbar bevor. Alle Jahre wieder ein Anlass, sich Ereignisse des vergangenen Jahres in Erinnerung zu rufen, bevor die Blicke Richtung Zukunft wandern.

Insgesamt lässt sich wohl einmal mehr feststellen, dass das Land Tirol und die Gemeinden dem bevorstehenden Jahr mit sehr guten Voraussetzungen entgegen gehen können. Gemeinsam konnten wir konstruktiv für die Tiroler Bevölkerung da sein und viele notwendige Vorhaben in die Realität umsetzen.

Auch für das Jahr 2018 gilt es wieder, im partnerschaftlichen Miteinander die Kräfte zu bündeln, um die anstehenden Aufgaben ebenso erfolgreich zu bewältigen. Dass vor allem im Hinblick auf finanzielle Gestaltungsmöglichkeiten das Land ebenso wie die Gemeinden stark gefordert sind, dürfte dabei außer Diskussion stehen. Ich denke jedoch, dass wir allen Grund zu Zuversicht und Optimismus haben. Der Wille, sich vermehrt über die Gemeindegrenzen hinaus aufeinander zubewegen, ist in Tirol sehr groß und nimmt weiter zu. Der Lohn für diese Bereitschaft sind hervorragende interkommunale Projekte. Dies wurde auch bei den Einreichungen für den ersten GEKO, der heuer verliehen wurde, öffentlich sichtbar. In der Überzeugung, dass dieser Weg richtig ist, freue ich mich bereits darauf, 2018 gemeinsam mit TGV-Präsident Ernst Schöpf das zweite Mal ein gelungenes Kooperationsprojekt auszeichnen zu können.

Durch gute Zusammenarbeit zwischen Land und Gemeinden sowie den Gemeinden untereinander wird es auch künftig gelingen, den Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger bestmöglich gerecht zu werden und dafür zu sorgen, in allen Regionen auch weiterhin eine hohe Lebensqualität zu ermöglichen.

In diesem Sinn wünsche ich Ihnen allen ein frohes Fest, erholsame Feiertage sowie für den Jahreswechsel alles Gute!

Ihr

Landesrat Johannes Tratter

Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Gemeinden wünschen allen Gemeindebediensteten, den Gemeindefunktionärinnen und Gemeindefunktionären sowie allen Leserinnen und Lesern besinnliche und erholsame Weihnachtsfeiertage und alles Gute im neuen Jahr 2018!

59.

Novelle zum Tiroler Veranstaltungsgesetz 2003

Nach dem Tiroler Veranstaltungsgesetz 2003 (TVG) sind öffentliche Veranstaltungen schriftlich bei der Behörde als Einzelveranstaltung, als wiederkehrende Veranstaltung oder als ständige Veranstaltung anzumelden. Entsprechend dem § 9 TVG ist bisher die Berechtigung für die Durchführung von ständigen Veranstaltungen zehn Jahre nach der Einbringung der Anmeldung erloschen.

Mit LGBL. Nr. 109/2017 wurde das Tiroler Veranstaltungsgesetz 2003 dahingehend geändert, dass die Befristung von ständigen Veranstaltungen ersatzlos aufgehoben wurde und alle diesbezüglichen Berechtigungen zur Durchführung von ständigen Veranstaltungen, die am 30. November 2017 noch nicht wegen Fristablaufes erloschen sind, als unbefristet gelten.

Hintergrund dieser Novelle sind insbesondere verwaltungswirtschaftliche Überlegungen, zumal in den nächsten Jahren viele Berechtigungen zur Durchführung

von ständigen Veranstaltungen wegen Fristablaufes erloschen wären (z.B. Nebenanlagen von Schipisten, wie Betriebstankstellen, Lawinensprenganlagen und dgl.).

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass nach § 8 TVG jederzeit notwendige und verhältnismäßige Maßnahmen zur Erfüllung der Erfordernisse des § 3 TVG vorgeschrieben werden können und damit die dort definierten Schutzinteressen weiterhin wahrgenommen werden können.

Mit der gegenständlichen Novelle zum TVG wurde weiters die Bestimmung des § 20 TVG, wonach bisher am Karfreitag nur solche Veranstaltungen durchgeführt werden durften, die dem Charakter dieses Tages gerecht wurden, ersatzlos aufgehoben.

Diese Novelle ist am 01. Dezember 2017 in Kraft getreten.

60.

Novelle zur Tiroler Bauordnung 2011 und zum Tiroler Verkehrsaufschließungs- und Ausgleichsabgabengesetz

A) Novelle zur Tiroler Bauordnung 2011

Die aktuelle Tiroler Bauordnung wurde mit der Kundmachung LGBL. Nr. 57/2011 als Tiroler Bauordnung 2011 (TBO 2011) wiederverlautbart und in weiterer Folge mehrmals novelliert. Mit der nunmehrigen Novelle, welche vom Tiroler Landtag am 8.11.2017 beschlossen wurde und die noch heuer in Kraft treten wird, soll im Wesentlichen der immer wieder geäußerten Kritik an sogenannten Alibi-Einrichtungen im Zusammenhang mit Kinderspielplätzen begegnet und den Baubehörden, Bauwerbern und Nutzern von Wohnanlagen eine Orientierungshilfe für die Errichtung von Kinderspielplätzen zur Hand gegeben werden.

Die gegenständliche Novelle betrifft im überwiegenden Ausmaß die §§ 11 und 20 TBO 2011.

Vor dem Hintergrund, das Wohnumfeld künftig allgemein kindergerechter zu gestalten, wurde § 11 TBO 2011 dahingehend erweitert, dass die Verpflichtung zur Schaffung von Kinderspielplätzen bei Wohnanlagen künftig nicht nur im Fall des Neubaues und der Änderung des Verwendungszweckes, sondern auch bei sonstigen Bauvorhaben im Zusammenhang mit Wohnanlagen besteht. So sind Kinderspielplätze nunmehr auch dann vorzuhalten, wenn eine Wohnanlage durch Zu-, Umbau oder die sonstige Änderung eines Gebäudes oder Gebäudeteiles geschaffen wird.

Auch soll bei Kinderspielplätzen besonders auf eine kindergerechte und sichere Ausgestaltung, die barrierefreie Erreichbarkeit, einen entsprechenden Immissionsschutz und das Vorhandensein besonnener und abgeschatteter Bereiche geachtet werden.

Überdies soll künftig in jenen Ausnahmefällen, in denen im Zusammenhang mit der Errichtung von Wohnanlagen ein Kinderspielplatz nicht geschaffen werden muss, eine bescheidmäßige Befreiung erteilt werden können. Bisher war das Vorliegen eines entsprechenden Ausnahmetatbestandes im Rahmen des Bauverfahrens zu prüfen. Absatz 2 in § 11 TBO 2011 regelt nunmehr, dass ein Kinderspielplatz nicht geschaffen werden muss, wenn die Baubehörde auf der Grundlage eines entsprechenden Parteiantrages, der auch in einem mit dem Bauansuchen gestellt werden kann, eine entsprechende Befreiung erteilt. Mit diesem Systemwechsel soll zum einen die Verpflichtung zur Schaffung von Kinderspielplätzen besser effektiert werden, zum anderen sieht die zeitgleich vorgelegte Änderung des Tiroler Verkehrsaufschließungs- und Ausgleichsabgabengesetzes anknüpfend an diese Befreiung eine Ermächtigung zur Erhebung einer entsprechenden Ausgleichsabgabe vor.

Ferner wird die Ermächtigung der Landesregierung, im Verordnungsweg nähere Bestimmungen über die bautechnischen Erfordernisse von Kinderspielplätzen zu erlassen (bisher § 19 Absatz 2 TBO 2011), zugunsten einer Ermächtigung der Gemeinden, entsprechende Anforderungen im Hinblick auf deren spezifisch örtliche Gegebenheiten festzulegen, aufgegeben.

Vergleichbar zur Befugnis der Gemeinden, örtliche Bauvorschriften zu erlassen, werden die Gemeinden nunmehr ermächtigt, im Verordnungsweg unter Berücksichtigung der jeweils ortsspezifischen Gegebenheiten, nähere Vorschriften über Größe, Lage und Ausgestaltung von allgemein zugänglichen Kinderspielplätzen und Kinderspielplätzen von Wohnanlagen zu erlassen (siehe § 20 Absatz 2 TBO 2011).

Schließlich soll gesetzlich klargestellt werden, dass eine Wohnanlage erst benützt werden darf, nachdem der entsprechende Kinderspielplatz errichtet worden ist.

Zusammenfassend sollen mit der Novellierung die gesetzlichen Voraussetzungen für die Mindeststandards eines kindergerechten Wohnumfeldes geschaffen werden, ohne jedoch eine derartige Regelungstiefe herbeizuführen, dass verwaltungsreformatorische Ansätze konterkariert werden.

Der Vollständigkeit halber ist noch zu erwähnen, dass die Verpflichtung zur Errichtung von Teppichklopfstangen hinkünftig entfällt, da diese Bestimmung nicht mehr zeitgemäß ist.

Mag. Beatrix Steiner
Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht

B) Novelle zum Tiroler Verkehrsaufschließungs- und Ausgleichsabgabengesetz

Mit der letzten Novelle zum Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetz 2011 erfolgte eine Klarstellung, dass Gebäude oder Gebäudeteile, in denen organischer Dünger wie Jauche, Gülle oder Mist gelagert wird, nicht erschließungsbeitragspflichtig sind, es wurde eine Ausgleichsabgabe für Spielplätze als neue Abgabe in das Gesetz aufgenommen und einige Bestimmungen wurden aktualisiert bzw. an die letzten Änderungen der TBO 2011 angepasst.

1. Ausgleichsabgabe für Spielplätze

Da nun neben der Ausgleichsabgabe für Stellplätze auch eine Ausgleichsabgabe für Spielplätze in das Gesetz aufgenommen wurde, wurde der Titel in „Tiroler Verkehrsaufschließungs- und Ausgleichsabgabengesetz“ geändert. Die Kurzbezeichnung TVAG wird jedoch beibehalten.

Im neu eingefügten 6. Abschnitt wird die neu geschaffene Ausgleichsabgabe geregelt, die als Abgabegenstand Kinderspielplätze, für die eine Befreiung nach § 11 Abs. 2 lit. a oder c der Tiroler Bauordnung 2011 erteilt wird, vorsieht. Betroffen sind Wohnanlagen, die als Gebäude mit mehr als fünf Wohnungen definiert sind. Mehrere in einem räumlichen Naheverhältnis stehende Gebäude, die zusammen mehr als fünf Wohnungen enthalten, gelten als eine Wohnanlage, wenn sie eine einheitliche Gesamtplanung aufweisen und für sie eine gemeinsame Verwaltung vorgesehen ist.

Hintergrund ist die durch die jüngste Novelle in die Tiroler Bauordnung 2011 eingefügte Regelung, dass bei Wohnanlagen Kinderspielplätze nur dann nicht geschaffen werden müssen, wenn von dieser an sich bestehenden Verpflichtung eine bescheidmäßige Befreiung erteilt wird (vgl. dazu die Ausführungen zu Punkt A).

Mit der Erhebung der Ausgleichsabgabe für Spielplätze soll ein gewisser Ausgleich ermöglicht werden, weil mit jeder Befreiung auch eine nicht unerhebliche Ersparnis an Baukosten und damit eine finanzielle Entlastung des Bauherrn einhergeht. Die Abgabe soll aber nur dann zu entrichten sein, wenn allgemein zugängliche Spielplätze ausreichend vorhanden sind oder weil insbesondere aufgrund der räumlichen Gegebenheiten die Errichtung eines Spielplatzes bei der Wohnanlage nicht möglich ist. Im Fall, dass aufgrund des besonderen Verwendungszweckes der betreffenden Wohnanlage ein Bedarf nach einem Kinderspielplatz nicht zu erwarten ist, wie dies etwa bei Wohnanlagen für betreutes Wohnen vorkommen kann, erscheint die Erhebung der Ausgleichsabgabe dagegen nicht sachgerecht. Die Ausgleichsabgabe für Spielplätze soll als von der Größe der Wohnanlage (Anzahl der Wohnungen) abhängender, gesetzlich festgelegter Fixbetrag vom Eigentümer des Bauplatzes als Abgabenschuldner eingehoben werden.

Wenn sich die Gemeinde zur Einhebung der Ausgleichsabgabe für Spielplätze entschließt, ist eine entsprechende Verordnung durch den Gemeinderat zu erlassen. Erst nach Erlassung der Verordnung kann die Abgabe eingehoben werden, eine Rückwirkung ist im Gesetz nicht vorgesehen und daher unzulässig. Für das Entstehen des Abgabenspruchs wird auf die Rechtskraft der Entscheidung über die Befreiung nach § 11 TBO 2011 abgestellt. In diesem Zusammenhang darf auch auf die Übergangsbestimmung zur Novelle der Tiroler Bauordnung hingewiesen werden, nach der auf im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Novelle anhängige Bauverfahren § 11 Abs. 1 und 2 der Tiroler Bauordnung 2011 in seiner bisherigen Fassung (LGBl. Nr. 32/2017) weiter anzuwenden ist.

2. Ausnahme von Güllelagerstätten vom Gebäudebegriff des TVAG

Mit der neu gefassten lit. e des § 2 Abs. 4 TVAG wurde festgelegt, dass Gebäude und Gebäudeteile zur Lagerung von organischem Dünger, wie Jauche, Gülle oder Mist, nicht als Gebäude im Sinn des TVAG gelten.

Bisher war in Anlehnung an die Judikatur des VfGH zu Rettungsschachtkopfgebäuden (vgl. VfGH vom 11.12.2014, B 116/2012) stets davon ausgegangen worden, dass Güllegruben keine Erschließungsbeitragspflicht auslösen.

Die Klarstellung, dass die genannten Gebäude und Gebäudeteile nicht als Gebäude im Sinn des TVAG gelten war aufgrund der Rechtsprechung des Landesverwaltungsgerichts, insbesondere im Hinblick auf das Erkenntnis LVwG-2017/29/0223-7 vom 18.05.2017 erforderlich, um Abgrenzungsschwierigkeiten zu vermeiden und eine Gleichbehandlung der unterschiedlichen Formen der Lagerung von organischem Dünger in und neben Gebäuden zu gewährleisten. Die Qualifikation des Güllekellers als Gebäude war daher im vom Landesverwaltungsgericht entschiedenen Anlassfall auch auf die unmittelbare Verbindung mit dem darüber befindlichen Rinderlaufstall zurückzuführen. Das Kriterium des Betreten-Könnens, wenn auch nur mit entsprechender Schutzausrüstung, liegt jedoch zumeist auch bei eigenständigen, von anderen Gebäuden abgetrennten baulichen Anlagen zur Lagerung von organischem Dünger vor. Damit es bei der Beurteilung der Frage, ob eine Verpflichtung zur Entrichtung eines Erschließungsbeitrages besteht oder nicht, nicht auf die konkrete bauliche Ausgestaltung der Anlage ankommt, was sachlich kaum rechtfertigbar schiene, wurde der Entfall der Abgabepflicht durch die Aufnahme eines weiteren Ausnahmetatbestandes im § 2 Abs. 4 TVAG klargestellt.

3. Weitere erforderliche Anpassungen aufgrund von Novellen zur Tiroler Bauordnung aufgrund des Verwaltungsreformgesetzes 2017 und eines Erkenntnisses des VfGH

Mit dem Tiroler Verwaltungsreformgesetz 2017 wurde in die Tiroler Bauordnung 2011 ein neuer § 55a eingefügt, der den generellen Ausschluss der aufschiebenden Wirkung in Bezug auf Beschwerden gegen Bescheide, mit denen eine Berechtigung verliehen wird, vorsieht (vgl. dazu Merkblatt Mai 2017, Nr. 20).

Nunmehr liegt es, außer die Behörde erkennt die aufschiebende Wirkung im Einzelfall ausdrücklich zu, im Einflussbereich des Bauwerbers, ob er von der Möglichkeit eines vorzeitigen Baubeginns Gebrauch machen will oder nicht. Es kann sohin der Fall eintreten, dass der rechtmäßige Zeitpunkt des Baubeginns vor dem Zeitpunkt der Rechtskraft der Entscheidung liegt. In diesem Fall soll die Pflicht zur Entrichtung eines Erschließungs- bzw. Gehsteigbeitrages künftig nicht erst mit der Rechtskraft des Baubescheides, sondern zeitlich entsprechend früher mit dem Baubeginn erfolgen.

Die bezüglichlichen Bestimmungen über das Entstehen des Abgabenspruches betreffend den Erschließungsbeitrag und den Gehsteigbeitrag sollen daher entsprechend angepasst werden. Der erlaubte vorzeitige Baubeginn hätte sonst unter Umständen auch den unerwünschten Effekt, dass es aufgrund der von der BAO abweichenden Verjährungsbestimmung (vgl. die Verweisung im § 12 Abs. 3 und § 22 Abs. 3 jeweils auf § 6 Abs. 2 zweiter Satz TVAG) zu einer Verkürzung der Frist, in der die Vorschreibung der Beiträge möglich ist, kommt und Unklarheiten im Vollzug entstehen können. In diesem Zusammenhang darf auch auf die Übergangsbestimmung zur gegenständlichen TVAG-Novelle hingewiesen werden, die im Sinn des Vertrauensschutzes vorsieht, dass eine vorzeitige Vorschreibung des Erschließungsbeitrages oder Gehsteigbeitrages bereits mit Baubeginn dann nicht erfolgen darf, wenn der zugrunde liegende Baubescheid im Zeitpunkt des Inkrafttretens der im Entwurf vorliegenden Novelle bereits erlassen ist. In diesen Fällen soll die Beitragspflicht wie bisher jedenfalls erst mit Eintritt der Rechtskraft des Baubescheides entstehen.

Eine andere Klarstellung erfolgte aufgrund der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes vom 21.06.2017, Zl. E 857/2016-9, in § 9 Abs. 5 des TVAG, der die Berücksichtigung von Aufwendungen für die Verkehrserschließung des betreffenden Bauplatzes

aufgrund privatrechtlicher Vereinbarungen des Abgabenschuldners oder eines seiner Rechtsvorgänger mit der Gemeinde vorsieht:

Der Verfassungsgerichtshof geht in der zitierten Entscheidung davon aus, dass im Fall des Wiederaufbaus von zerstörten Gebäuden nicht nur dann der um die Baumasse des zerstörten Gebäudes verminderte Baumasseanteil als Bemessungsgrundlage heranzuziehen ist, wenn für den Altbestand der Erschließungsbeitrag von der Gemeinde vorgeschrieben und erhoben wurde, sondern auch, wenn im Zuge einer Aufschließung (hier: durch eine Sondergesellschaft) der Erschließungsbeitrag in einer der Erhebung einer Abgabe vergleichbaren Weise geleistet wurde.

Insofern soll die für solche Fälle bestehende Anrechnungsregel ausdrücklich auch auf die Fälle der Grundstücksänderungen nach § 10 und der Änderungen des Baubestandes nach § 11 ausgedehnt werden, indem deren sinngemäße Geltung angeordnet wird. Soweit im § 10 auf den Zeitpunkt der Vorschreibung des Erschließungsbeitrages abgestellt wird, tritt, wenn es aufgrund der Berücksichtigungsregel zu keiner Vorschreibung gekommen ist, an dessen Stelle der Zeitpunkt des Abschlusses der entsprechenden Vereinbarung. Vergleichbares gilt auch hinsichtlich des § 11 Abs. 3, der auf ein Objekt abstellt, das Grundlage für die Vorschreibung eines Baumassenanteiles war.

61.

Datenschutzgrundverordnung-Verzeichnis

Aufgrund der Datenschutzgrundverordnung haben Verantwortliche und Auftragsverarbeiter ein Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten (im Sinn von Datenanwendungen) zu führen, das auf Anfrage der Aufsichtsbehörde vorzulegen ist.

Die bisherige DVR-Meldepflicht entfällt, das DVR selbst bleibt jedoch bis Ende 2019 zu Archivzwecken bestehen. Nachstehend wird eine Liste jener Anwendungen mitgeteilt, für die durch das Land Tirol bzw. die jeweiligen Anwendungsverantwortlichen ein Verzeichniseintrag für die Gemeinden aufbereiten wird:

ESIS TIROL (Einsatz Informations System)
Katastrophenschutzpläne plus
Portal Tirol
TGN Mail
Tiris Maps
VSTV Anzeigen Bundesweit
Wahlanwendung Land Tirol
Formularanwendung

Elektronischer Flächenwidmungsplan
Gemeindeanwendung Land Tirol
Kommunales Raum Informations System
TGN Userverwaltung
tiris OEI - Örtliche Einsatz-Informationen
Walddatenbank - Forstliche Portalanwendungen (3.0)
FIT Wohnbauförderung
Lohn- und Personaldatentransfer
TSN Mail Services
Forstgarten Pflanzenbestellung
Lawinenwarndienst Applikation
Lawinenwarndienst Kommunikations- und Informationsplattform
LWD Infobox
TSNuser Verwaltung
Verjüngungsdynamik
Wildbachbetreuung
ZAMG Wetterportal (Valluga)

Der Text für den Verzeichniseintrag wird rechtzeitig in der Gemeindeanwendung zur Verfügung gestellt.

62.

Bezüge der Bürgermeister, der Bürgermeister-Stellvertreter und der Gemeinderäte ab 1. Jänner 2018

Die Bezüge der Gemeindemandatarinnen und Gemeindemandatare werden mit **Wirksamkeit vom 01. Jänner 2018** wie folgt erhöht:

Nach § 2 des Tiroler Gemeinde-Bezügegesetzes 1998, LGBL. Nr. 25/1998, in der Fassung des Gesetzes LGBL. Nr. 32/2017, richtet sich die Anpassung des Ausgangsbetrages nach § 3 des Bundesverfassungsgesetzes über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre (BezBegrBVG), BGBl. I Nr. 64/1997, zuletzt geändert durch das Bundesverfassungsgesetz BGBl. I Nr. 209/2013.

Die Präsidentin des Rechnungshofes hat gemäß § 3 Abs. 1 des BezBegrBVG in dem am 05. Dezember 2017 erschienenen „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ unter Rechnungshof, GZ 105.500/697-5F1/17, den Anpassungsfaktor mit 1,015 ermittelt und kundgemacht.

Durch diese Erhöhung ergibt sich für den Geltungsbereich des Tiroler Gemeinde-Bezügegesetzes 1998 ein um den Anpassungsfaktor erhöhter **Ausgangsbetrag für 2018 von EUR 9.335,04.**

Bezüge der Bürgermeister, die neben dieser Funktion kein Mandat im Landtag, Nationalrat oder Bundesrat ausüben:

Tabelle 1 (neu)

Einwohner	Bezug in %	Bezug lt. § 3 Abs. 2 Tiroler Gemeinde- Bezügegesetz 1998 in EUR	Bezug lt. § 18 Tiroler Gemeinde- Bezügegesetz 1998 in EUR
bis 500 EW	28,51%	2.661,40	2.419,45
501 bis 1.000 EW	36,43%	3.400,80	3.091,64
1.001 bis 2.000 EW	47,52%	4.436,00	4.032,73
2.001 bis 5.000 EW	52,88%	4.936,40	4.487,64
5.001 bis 8.000 EW	58,56%	5.466,60	4.969,64
8.001 bis 10.000 EW	65,22%	6.088,30	5.534,82
über 10.000 EW	82,50%	7.701,40	7.001,27

Tabelle 1.1 (neu)

Variante 1: Bgm., die im pv-freien DV stehen, OHNE Pensionskasse		
Einwohner	Bezug in %	Bezug in EUR
bis 500 EW	28,51%	2.661,40
501 bis 1.000 EW	36,43%	3.400,80
1.001 bis 2.000 EW	47,52%	4.436,00
2.001 bis 5.000 EW	52,88%	4.936,40
5.001 bis 8.000 EW	58,56%	5.466,60
8.001 bis 10.000 EW	65,22%	6.088,30
über 10.000 EW	82,50%	7.701,40

Tabelle 1.2 (neu)

Variante 2: Bgm., die im pv-freien DV stehen, MIT Pensionskasse (§ 18)*				
(Bezugskürzung 10/11)				
Einwohner	Bezug in %	BMGL in EUR	Pensionskasse in EUR	Bezug in EUR
bis 500 EW	28,51%	2.661,40	241,95	2.419,45
501 bis 1.000 EW	36,43%	3.400,80	309,16	3.091,64
1.001 bis 2.000 EW	47,52%	4.436,00	403,27	4.032,73
2.001 bis 5.000 EW	52,88%	4.936,40	448,76	4.487,64
5.001 bis 8.000 EW	58,56%	5.466,60	496,96	4.969,64
8.001 bis 10.000 EW	65,22%	6.088,30	553,48	5.534,82
über 10.000 EW	82,50%	7.701,40	700,13	7.001,27

Tabelle 1.3 (neu)

Variante 3: Bgm., die NICHT im pv-freien DV stehen, OHNE Pensionskasse, MIT Pensionsversicherungsbeitrag (§ 15)**					
Einwohner	Bezug in %	Bezug in EUR	PVers.btg. in EUR	Bezug - PVers.btg. in EUR	Gem eindebeitrag in EUR
bis 500 EW	28,51%	2.661,40	312,71	2.348,69	294,09
501 bis 1.000 EW	36,43%	3.400,80	399,59	3.001,21	375,79
1.001 bis 2.000 EW	47,52%	4.436,00	521,23	3.914,77	490,18
2.001 bis 5.000 EW	52,88%	4.936,40	580,03	4.356,37	545,47
5.001 bis 8.000 EW	58,56%	5.466,60	602,78	4.863,82	566,86
8.001 bis 10.000 EW	65,22%	6.088,30	602,78	5.485,52	566,86
über 10.000 EW	82,50%	7.701,40	602,78	7.098,62	566,86

Tabelle 1.4 (neu)

Variante 4: Bgm., die NICHT im pv-freien DV stehen, MIT Pensionskasse (§ 18)* und Pensionsversicherungsbeitrag (§ 15)**							
(Bezugskürzung 10/11)							
Einwohner	Bezug in %	BMGL.	Pensionskasse in EUR	Bezug in EUR	PVers.btg. in EUR	Bezug - PVers.btg. in EUR	Gem eindebeitrag in EUR
bis 500 EW	28,51%	2.661,40	241,95	2.419,45	284,29	2.135,16	267,34
501 bis 1.000 EW	36,43%	3.400,80	309,16	3.091,64	363,27	2.728,37	341,62
1.001 bis 2.000 EW	47,52%	4.436,00	403,27	4.032,73	473,85	3.558,88	445,61
2.001 bis 5.000 EW	52,88%	4.936,40	448,76	4.487,64	527,30	3.960,34	495,88
5.001 bis 8.000 EW	58,56%	5.466,60	496,96	4.969,64	583,93	4.385,71	549,15
8.001 bis 10.000 EW	65,22%	6.088,30	553,48	5.534,82	602,78	4.932,04	566,86
über 10.000 EW	82,50%	7.701,40	700,13	7.001,27	602,78	6.398,49	566,86

Bezüge der Bürgermeister, die zum 14. März 1998 eine zwölfjährige Amtszeit aufwiesen (§ 23 a des Gemeinde-Bezügegesetzes) und kein Mandat im Landtag, Nationalrat oder Bundesrat ausüben:

Tabelle 3 (neu)

Bezug für Bürgermeister gem. § 3 Abs. 2 des Tiroler Gemeinde-Bezügegesetzes 1998, die schon 1998 zwölf Jahre im Amt waren (§ 23a Gemeinde-Bezügegesetz)								
Einwohner	Bezug lt. Tiroler Gemeinde-Bezügegesetz 1998		fiktiver Bezug lt. Gemeinde-Bezügegesetz (=BMGL.) in EUR		Pensionsbeitrag* 12,55 % d. BMGL.	Bezug - Pensionsbeitrag	Gemeindeleistung nach § 17 Gemeinde-Bezügegesetz in EUR	
	Bezug in %	Bezug in EUR	in %	A/VIII/7	in EUR	in EUR		
bis 500 EW	28,51%	2.661,40	30,00%	1.448,10	181,74	2.479,66	181,74	
501 bis 1.000 EW	36,43%	3.400,80	40,00%	1.930,80	242,32	3.158,48	242,32	
1.001 bis 2.000 EW	47,52%	4.436,00	55,00%	2.654,80	333,18	4.102,82	333,18	
2.001 bis 5.000 EW	52,88%	4.936,40	70,00%	3.378,80	424,04	4.512,36	424,04	
5.001 bis 8.000 EW	58,56%	5.466,60	80,00%	3.861,50	484,62	4.981,98	484,62	
8.001 bis 10.000 EW	65,22%	6.088,30	90,00%	4.344,20	545,20	5.543,10	545,20	
über 10.000 EW	82,50%	7.701,40	100,00%	4.826,90	605,78	7.095,62	605,78	

Bezüge der Bürgermeister, die neben dieser Funktion ein Mandat im Landtag, Nationalrat oder Bundesrat ausüben:

Tabelle 1

Einwohner	Bezug in %	Bezug lt. § 3 Abs. 3 Tiroler Gemeinde- Bezügegesetz 1998 in EUR	Bezug lt. § 18 Tiroler Gemeinde- Bezügegesetz 1998 in EUR
bis 500 EW	23,76%	2.218,00	2.016,36
501 bis 1.000 EW	30,36%	2.834,10	2.576,45
1.001 bis 2.000 EW	39,60%	3.696,70	3.360,64
2.001 bis 5.000 EW	48,07%	4.487,40	4.079,45
5.001 bis 8.000 EW	53,24%	4.970,00	4.518,18
8.001 bis 10.000 EW	59,29%	5.534,70	5.031,55
über 10.000 EW	75,00%	7.001,30	6.364,82

Tabelle 1.1

Variante 1: Bgm., die im pv-freien DV stehen, OHNE Pensionskasse		
Einwohner	Bezug in %	Bezug in EUR
bis 500 EW	23,76%	2.218,00
501 bis 1.000 EW	30,36%	2.834,10
1.001 bis 2.000 EW	39,60%	3.696,70
2.001 bis 5.000 EW	48,07%	4.487,40
5.001 bis 8.000 EW	53,24%	4.970,00
8.001 bis 10.000 EW	59,29%	5.534,70
über 10.000 EW	75,00%	7.001,30

Tabelle 1.2

Variante 2: Bgm., die im pv-freien DV stehen, MIT Pensionskasse (§ 18)*				
(Bezugskürzung 10/11)				
Einwohner	Bezug in %	BMGL in EUR	Pensionskasse in EUR	Bezug in EUR
bis 500 EW	23,76%	2.218,00	201,64	2.016,36
501 bis 1.000 EW	30,36%	2.834,10	257,65	2.576,45
1.001 bis 2.000 EW	39,60%	3.696,70	336,06	3.360,64
2.001 bis 5.000 EW	48,07%	4.487,40	407,95	4.079,45
5.001 bis 8.000 EW	53,24%	4.970,00	451,82	4.518,18
8.001 bis 10.000 EW	59,29%	5.534,70	503,15	5.031,55
über 10.000 EW	75,00%	7.001,30	636,48	6.364,82

Tabelle 1.3

Variante 3: Bgm., die NICHT im pv-freien DV stehen, OHNE Pensionskasse, MIT Pensionsversicherungsbeitrag (§ 15)**					
Einwohner	Bezug in %	Bezug in EUR	PVers.btg. in EUR	Bezug - PVers.btg. in EUR	Gemeindebeitrag in EUR
bis 500 EW	23,76%	2.218,00	260,62	1.957,38	245,08
501 bis 1.000 EW	30,36%	2.834,10	333,01	2.501,09	313,16
1.001 bis 2.000 EW	39,60%	3.696,70	434,36	3.262,34	408,49
2.001 bis 5.000 EW	48,07%	4.487,40	527,27	3.960,13	495,86
5.001 bis 8.000 EW	53,24%	4.970,00	583,98	4.386,02	549,18
8.001 bis 10.000 EW	59,29%	5.534,70	602,78	4.931,92	566,86
über 10.000 EW	75,00%	7.001,30	602,78	6.398,52	566,86

Tabelle 1.4

Variante 4: Bgm., die NICHT im pv-freien DV stehen, MIT Pensionskasse (§ 18)* und Pensionsversicherungsbeitrag (§ 15)**							
(Bezugskürzung 10/11)							
Einwohner	Bezug in %	BMGL in EUR	Pensionskasse in EUR	Bezug in EUR	PVers.btg. in EUR	Bezug - PVers.btg. in EUR	Gemeindebeitrag in EUR
bis 500 EW	23,76%	2.218,00	201,64	2.016,36	236,92	1.779,44	222,81
501 bis 1.000 EW	30,36%	2.834,10	257,65	2.576,45	302,73	2.273,72	284,70
1.001 bis 2.000 EW	39,60%	3.696,70	336,06	3.360,64	394,88	2.965,76	371,35
2.001 bis 5.000 EW	48,07%	4.487,40	407,95	4.079,45	479,34	3.600,11	450,77
5.001 bis 8.000 EW	53,24%	4.970,00	451,82	4.518,18	530,89	3.987,29	499,26
8.001 bis 10.000 EW	59,29%	5.534,70	503,15	5.031,55	591,21	4.440,34	555,98
über 10.000 EW	75,00%	7.001,30	636,48	6.364,82	602,78	5.762,04	566,86

Bezüge der Bürgermeister, die zum 14. März 1998 eine zwölfjährige Amtszeit aufwiesen (§ 23 a des Gemeinde-Bezügegesetzes) und ein Mandat im Landtag, Nationalrat oder Bundesrat ausüben:

Tabelle 3

Bezug für Bürgermeister gem. § 3 Abs. 3 des Tiroler Gemeinde-Bezügegesetzes 1998, die schon 1998 zwölf Jahre im Amt waren (§ 23a Gemeinde-Bezügegesetz)								
Einwohner	Bezug lt. Tiroler Gemeinde-Bezügegesetz 1998		fiktiver Bezug lt. Gemeinde-Bezügegesetz (=BMGL.) in EUR		Pensionsbeitrag* 12,55 % d. BMGL. in EUR	Bezug - Pensionsbeitrag in EUR	Gemeindeleistung nach § 17 Gemeinde- Bezügegesetz in EUR	
	Bezug in %	Bezug in EUR	in %	A/VII/7				
bis 500 EW	23,76%	2.218,00	30,00%	1.448,10	181,74	2.036,26	181,74	
501 bis 1.000 EW	30,36%	2.834,10	40,00%	1.930,80	242,32	2.591,78	242,32	
1.001 bis 2.000 EW	39,60%	3.696,70	55,00%	2.654,80	333,18	3.363,52	333,18	
2.001 bis 5.000 EW	48,07%	4.487,40	70,00%	3.378,80	424,04	4.063,36	424,04	
5.001 bis 8.000 EW	53,24%	4.970,00	80,00%	3.861,50	484,62	4.485,38	484,62	
8.001 bis 10.000 EW	59,29%	5.534,70	90,00%	4.344,20	545,20	4.989,50	545,20	
über 10.000 EW	75,00%	7.001,30	100,00%	4.826,90	605,78	6.395,52	605,78	

Die Bezüge der Bürgermeister-Stellvertreter und der Gemeinderatsmitglieder, denen bestimmte Aufgaben, die eine erhöhte Verantwortung und einen erheblichen Zeit- und Arbeitsaufwand erfordern, zur Besorgung übertragen wurden, betragen ab 01. Jänner 2018:

Tabelle 2

Einwohner	Bürgermeister-Stellvertreter				Gem einderäte	
	mit bes onderen Aufgaben				m it besonderen Aufgaben	
	bis höchstens				bis höchstens	
	Bezug in %	Bezug in EUR	Bezug in %	Bezug in EUR	Bezug in %	Bezug in EUR
bis 500 EW	4,32%	403,30	10,80%	1.008,20	6,48%	604,90
501 bis 1.000 EW	5,52%	515,30	13,80%	1.288,20	8,28%	772,90
1.001 bis 2.000 EW	7,20%	672,10	18,00%	1.680,30	10,80%	1.008,20
2.001 bis 5.000 EW	8,74%	815,90	21,85%	2.039,70	13,11%	1.223,80
5.001 bis 8.000 EW	9,68%	903,60	24,20%	2.259,10	14,52%	1.355,40
8.001 bis 10.000 EW	10,78%	1.006,30	26,95%	2.515,80	16,17%	1.509,50
über 10.000 EW	11,34%	1.058,60	28,35%	2.646,50	17,01%	1.587,90

Hinsichtlich der aus der Novelle zum Tiroler Gemeinde-Bezügegesetz 1998 LGBl. Nr. 61/2012 resultierenden Änderungen (die Möglichkeit der Bezugsfortzahlung für Bürgermeister bei Beendigung der Funktionsausübung unter ganz bestimmten Voraussetzungen, die monatliche Überweisung des Anrechnungsbetrages an den zuständigen Pensionsversicherungsträger, und die Möglichkeit des Anspruchsberechtigten auf Geldleistungen nach dem Tiroler Gemeinde-Bezügegesetz 1998 ganz oder teilweise verzichten zu können, wenn ihm durch die Annahme von Geldleistungen unter Berücksichtigung seiner sonstigen Einkünfte und Ansprüche von Gesetzes wegen nachweislich ein finanzieller Nachteil erwachsen würde), wird auf die Ausführungen im Merkblatt für die Gemeinden Tirols, Ausgabe Mai 2012, Nr. 27, hingewiesen.

Abschließend wird auf § 4 des eingangs zitierten BezBegrBVG (Höchstzahl der Bezüge und Ruhebezüge) hingewiesen, wonach Personen mit Anspruch auf Bezug oder Ruhebezug nach den bezügerechtlichen Regelungen

des Bundes oder der Länder insgesamt höchstens zwei Bezüge oder Ruhebezüge von Rechtsträgern beziehen dürfen, die - wie Gemeinden, Gemeindeverbände und kommunale Ausgliederungen in Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Gesellschaften mit beschränkter Haftung & Co KG oder Kommanditgesellschaften und dergleichen - der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen.

Abweichend davon dürfen nur Funktionäre von Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern einen weiteren monatlichen Bezug bis zur Höhe von 4 % des Ausgangsbetrages (des Bundes) beziehen. Das sind weiterhin 350,23 EUR, da seitens des Bundes für das Jahr 2018 keine Anpassung der Bezüge erfolgt. Bestehen Ansprüche auf mehr als zwei solcher Bezüge oder Ruhebezüge, sind alle bis auf die zwei höchsten Bezüge oder Ruhebezüge stillzulegen (siehe auch die diesbezüglichen Ausführungen im Merkblatt für die Gemeinden Tirols, September 1999, Nr. 58 und 59).

63.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Dezember 2017

Ertragsanteile an	2016	2017	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	14.020.856	14.449.079	428.222	3,05
Lohnsteuer	18.296.149	20.574.313	2.278.165	12,45
Kapitalertragsteuer	-122.584	1.563.501	1.686.084	1375,45
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	829.295	773.561	-55.734	-6,72
Körperschaftsteuer	8.033.562	8.832.611	799.050	9,95
Abgeltungssteuern Schweiz	-63	0	63	100,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-8	0	8	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	1.142	141	-1.000	-87,61
Stiftungseingangssteuer	2.568	407	-2.161	-84,14
Bodenwertabgabe	2.002	6.948	4.946	247,07
Stabilitätsabgabe	187.530	149.085	-38.445	-20,50
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	41.250.448	46.349.647	5.099.199	12,36
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	19.077.357	17.184.662	-1.892.695	-9,92
Abgabe von alkoholischen Getränken	3	0	-3	-100,00
Tabaksteuer	1.495.944	1.498.014	2.071	0,14
Biersteuer	61.926	79.660	17.734	28,64
Mineralölsteuer	2.415.161	3.758.520	1.343.359	55,62
Alkoholsteuer	91.406	100.039	8.633	9,44
Schaumweinsteuer	15.654	15.586	-68	-0,44
Kapitalverkehrssteuern	-2.585	997	3.583	138,58
Werbeabgabe	232.272	62.065	-170.207	-73,28
Energieabgabe	-164.622	709.308	873.930	530,87
Normverbrauchsabgabe	315.880	366.502	50.622	16,03
Flugabgabe	91.689	118.123	26.435	28,83
Grunderwerbsteuer (Aufteilung nach einheitl. Schlüssel)	24.162	0	-24.162	-100,00
Grunderwerbsteuer	7.836.830	9.690.908	1.854.079	23,66
Versicherungssteuer	779.955	749.841	-30.113	-3,86
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.713.151	1.960.220	247.069	14,42
KFZ-Steuer	-4.266	10.606	14.872	348,64
Konzessionsabgabe	246.021	271.177	25.156	10,23
rechnungsmäßig Ertragsanteile	34.225.938	36.576.232	2.350.293	6,87
Gemeindeanteil am Pflegegeld	-879.083			
Summe sonstige Steuern	33.346.855	36.576.232	3.229.377	9,68
Kunstförderungsbeitrag	42.213	44.327	2.114	5,01
Summe	74.639.516	82.970.206	8.330.690	11,16

64.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Dezember 2017

Ertragsanteile an	2016	2017	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	47.038.292	48.767.457	1.729.165	3,68
Lohnsteuer	237.475.123	249.456.910	11.981.787	5,05
Kapitalertragsteuer	12.645.595	17.404.799	4.759.204	37,64
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	8.029.134	8.466.685	437.550	5,45
Körperschaftsteuer	69.538.999	79.858.481	10.319.482	14,84
Abgeltungssteuern Schweiz	14.842	52.447	37.605	253,37
Abgeltungssteuern Liechtenstein	1.821	-29	-1.850	-101,58
Erbschafts- und Schenkungssteuer	36.211	6.786	-29.425	-81,26
Stiftungseingangssteuer	218.094	140.736	-77.359	-35,47
Bodenwertabgabe	617.312	645.329	28.018	4,54
Stabilitätsabgabe	3.418.143	1.308.047	-2.110.096	-61,73
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	379.033.565	406.107.647	27.074.082	7,14
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	250.042.227	231.352.839	-18.689.388	-7,47
Abgabe von alkoholischen Getränken	180	0	-180	-100,00
Tabaksteuer	17.604.259	18.600.798	996.538	5,66
Biersteuer	1.868.731	1.972.774	104.042	5,57
Mineralölsteuer	41.606.146	45.835.558	4.229.412	10,17
Alkoholsteuer	1.371.435	1.443.193	71.758	5,23
Schaumweinsteuer	221.463	227.342	5.879	2,65
Kapitalverkehrssteuern	605.997	64.694	-541.303	-89,32
Werbeabgabe	3.756.765	1.097.616	-2.659.149	-70,78
Energieabgabe	8.656.367	9.334.299	677.932	7,83
Normverbrauchsabgabe	3.989.092	4.649.262	660.171	16,55
Flugabgabe	1.042.658	1.166.453	123.794	11,87
Grunderwerbsteuer (Aufteilung nach einheitl. Schlüssel)	289.943	0	-289.943	-100,00
Grunderwerbsteuer	115.184.980	116.939.200	1.754.220	1,52
Versicherungssteuer	10.844.102	11.552.208	708.106	6,53
Motorbezogene Versicherungssteuer	20.348.174	21.865.632	1.517.458	7,46
KFZ-Steuer	336.736	528.636	191.900	56,99
Konzessionsabgabe	2.460.682	2.534.546	73.864	3,00
rechnungsmäßig Ertragsanteile	480.229.938	469.165.049	-11.064.888	-2,30
Gemeindeanteil am Pflegegeld	-10.549.000			
Summe sonstige Steuern	469.680.938	469.165.049	-515.888	-0,11
Kunstförderungsbeitrag	170.564	178.419	7.855	4,61
Summe	848.647.453	875.451.115	26.803.663	3,16
Zwischenabrechnung	9.580.729	-9.684.057	-19.264.786	-201,08
Gesamt	858.228.182	865.767.058	7.538.877	0,88

VERBRAUCHERPREISINDEX**FÜR OKTOBER 2017**

(vorläufiges Ergebnis)

	September 2017 (endgültig)	Oktober 2017 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	103,6	103,7
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	114,7	114,8
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	125,6	125,7
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	138,8	139,0
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	146,1	146,2
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	191,0	191,2
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	296,9	297,2
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	521,1	521,6
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	664,0	664,6
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	666,1	666,8
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat Oktober 2017 beträgt 103,7 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für September 2017 um 0,1 % gestiegen (September 2017 gegenüber August 2017 + 1,0 %). Gegenüber Oktober 2016 ergibt sich eine Steigerung um 2,2 % (September 2017/2016 + 2,4 %).</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

**Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck